



haft und Ziel. Dem Staat, d. h. der deutschen Republik zu dienen, ist selbstverständliche Pflicht jedes Beamten der Republik, insbesondere derer, die das Glück und die hohe Verantwortung haben, in einer Lebenszentrale dieses republikanischen Staates ihre Kräfte für das Wohl des deutschen Volkes einzusetzen. Das sind lapidare Notwendigkeiten, an denen ich festhalten werde, so sehr mir jede parteipolitische Einseitigkeit und Unzulänglichkeit fernliegt, und ich hoffe, daß alle Beamten, die das Bedürfnis haben, sich politisch zu betätigen, dabei nicht nur die Grenzen erkennen werden, die dienstlicher und persönlicher Takt ziehen, sondern vor allem auch die Grenzen einhalten, die die Rücksicht auf das Staatswohl gebietet. Möge man dereinst von unserer gemeinsamen Arbeit sagen können: sie ist für Volk und Vaterland nicht umsonst gewesen!

**Ämtliche Verhöhnung der Republik.**

Wo ist der preussische Justizminister?

Man schreibt uns:  
Die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hatte eine kleine Anfrage eingebracht, weil bei der Verfassungsfeier am 11. August 1925 in Löwenberg in Schlesien der Amtsgerichtsrat Müller im braunen Anzug und mit dem Abzeichen des Jungdeutschen Ordens erschienen war, worin die Landtagsfraktion der D.D.P. eine Verhöhnung der verfassungsmäßigen Staatsform erblickte. Der preussische Justizminister, unterzeichnet durch den Staatssekretär Fröhe, hat auf die kleine Anfrage folgende beziehende Antwort gegeben:

„Nach dem durch Runderlaß des Finanzministers vom 15. Juli mitgeteilten Beschluß des Staatsministeriums ist den Beamten das Tragen außeramtlicher Abzeichen jeder Art und Form während des Dienstes allgemein verboten. Da die Teilnahme des Amtsgerichtsrats Müller in Löwenberg an der Verfassungsfeier nicht als unter diesen Beschluß fallend zu erachten ist, liegt zu Maßnahmen im Dienstaufsichtswege keine Veranlassung vor.“

Die angestellten Beamten haben keinen Anhalt für die Annahme einer beabsichtigten Verhöhnung der verfassungsmäßigen Staatsform ergeben. Der Fall, in dem der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingeschritten ist, lag wesentlich anders.“

Nach Auffassung des Herrn Justizministers scheint also die amtlich angeordnete Verfassungsfeier für die Beamten der Justizverwaltung eine prinzipielle Verhöhnung zu sein. Wenn es keine Verhöhnung der Staatsform ist, daß ein Beamter mit dem Jungdeutschen Abzeichen zur Feier der Verfassung der deutschen Republik kommt, dann möchte man wissen, was der Justizminister als Verhöhnung ansieht. Vielleicht ist er auch noch der Ansicht, daß ein Beamter mit schwarz-weiß-roten Abzeichen und mit dem Hakenkreuz zu der amtlichen Verfassungsfeier erscheinen darf. Wie lange will man sich eine solche Auffassung im preussischen Justizministerium noch gefallen lassen? Die Zustände in der Justiz sind schon lange derart, daß Preußen endlich einen wirklichen Justizminister haben und daß im Justizministerium eine grundlegende Personalveränderung in den leitenden Stellen eintreten muß. Ein Staatssekretär, der es wagt, eine solche Antwort dem Landtag zu erteilen, sollte in der Republik umgiglicht sein.

**Hugenberg für die Diktatur!**

Alarmrufe in der „Wipro“.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Herr Hugenberg wittert Morgenluft. Durch die Aufstrebende des Berliner Lokalanzeigers, „Die Ausbreitung Deutschlands“, sieht er den Boden vorbereiten. Nach dieser Vorbereitung bläst er jetzt zum Sturm und zwar läßt er — was überaus bezeichnend ist — die ersten Sturmsignale in der Wipro-Korrespondenz ertönen, also in jener Korrespondenz, mit der Hugenberg die Provinzpresse verweist. Am 26. Januar erschien in dieser Korrespondenz ein Aufsatz mit der Ueberschrift „Die Revolution marschiert!“. Nachdem in diesem Aufsatz u. a. gegen den Führer des Jungdeutschen Klages geführt worden ist, wird mitgeteilt, daß auch der Führer eines anderen vaterländischen Verbandes sich zu der Locarno-Politik Dr. Stresemanns bekannt habe, wobei Dr. Stresemann das Wort geprägt habe, „den Mann in Deutschland möchte ich sehen, den ich nicht überreden könnte.“

Der Schlußsatz dieses Alarmrufes aber, der besonders kennzeichnend ist, lautet: „Die nationale Bewegung darf gegenüber der Revolution nicht einschlafen, muß ein wachsam Auge haben und gerüstet sein. Der Revolution wird nur durch die Diktatur entgegengetreten werden können, nicht durch eine Diktatur Marx oder Wittob, oder durch eine aus dem Parlamente heraus geflossene Diktatur, sondern einzig und allein durch einen Diktator, der aus der nationalen Bewegung kommt, wie Mussolini in Italien, Ordnung in Deutschland schafft und wiederholt dann später das deutsche Volk der nationalen Freiheit entgegenführt. Die Zeiten sind eruit. Die Revolution marschiert. Die nationale Bewegung muß daher kampfbereit sein.“

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Theodor Fritsch hat in seiner Reichstagsrede von der Reiche der mißglückten Bonapartes gesprochen. Ist die Reiche immer noch nicht lang genug? Hat die Gedächtnisfrage gegen Stresemann und das neue Deutschland Herrn Hugenberg so blind gemacht, daß er für den Mann schwärmt, der einen erbitterten Feind gegen das Deutschland in Südtirol führen läßt? Hugenberg will die Diktatur, wachgemerkt, eine Diktatur in seinem Sinne. Hugenberg sucht einen deutschen Mussolini. Gefällige Anfragen sind an das Scherhanhaus, Berlin, zu richten. Ausweis über politische Rechtsfähigkeit und Zeugnis über Blutsprobe ist dem Gesuch beizufügen.

**Aus Parlamenten und Parteien**

Das Urteil im „Gememord“-Prozeß. Die Angeklagten Schürmann, Stein und Altkampff wurden wegen gemeinamen Mordes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Benn wird wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Schmidt wird wegen Beihilfe zu einer Strafe von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, auf die 4 Monate Untersuchungshaft angedreht werden. Der Angeklagte Siegelberg wird nach § 139 StrGB. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, auf die 4 Monate Untersuchungshaft angedreht werden. Die Angeklagten Guttmacht, v. Senden, Meder, Zeidler und Enehlage werden freigesprochen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. — Das Urteil folgt, soweit Todesstrafen ausgesprochen sind, dem Antrage des Staatsanwalts. Bei den übrigen Angeklagten ist das Gericht zum Teil sehr wesentlichen Milderungen zum Teil, entgegen dem Antrage des Anklägers, zu Freisprechungen gekommen.

Das Verhalten des Berliner Schwurgerichts mit bezug auf die Ausschließung der Öffentlichkeit im Gememordprozeß wird immer rätselhafter. Wie jetzt von den zuständigen amtlichen Stellen mitgeteilt wird, haben über die Frage, ob die Regierung im Staatsinteresse den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Staatsanwaltschaft be-

ihn auch gegenüber der Preussischen Regierung zum Ausdruck gebracht hat, die die vertrat Landbank, an deren Spitze Hugenberg steht, nicht mit Staatsgebern variieren wollte. Dabei scheint gerade in diesem Falle im übrigen auch der Abgeordnete Hugenberg das Gedächtnis dafür verloren zu haben, daß er und seine Freunde um ähnlicher Dinge willen den Barmaffandall entsezt haben.

Zur Reform des Reichstagswahlrechts. Die Mittelungen über die geplante Reform des Reichstagswahlrechts werden von unrichtiger Seite dahin ergänzt, daß der Reformplan nach Möglichkeit die Einführung der Persönlichkeitswahl, die Ausschaltung von Splittlerpartien und die Erziehung möglichst klarer Mehrheitsverhältnisse anstrebt. Der Grundgedanke der Verhältniswahl besteht darin, daß eine bessere und zweckmäßigere Berechnung der Reststimmen erfolgen. Eine Verfeinerung der Wahlweise wird daher auf jeden Fall notwendig werden und zwar geben die Pläne, soweit sie bis jetzt erörtert wurden, dahin, etwa 166 Wahlkreise zu schaffen. Es ist nicht vorgezogen, eine Verringerung der Abgeordnetenmandate in der Weise vorzunehmen, daß von vornherein eine bestimmte Zahl von Abgeordneten festgesetzt wird. Doch wird das vorgeschlagene System die Tendenz zur Verringerung der Abgeordnetenmandate selbst enthalten. Bei einer etwaigen Heraushebung des Wahlalters von 20 auf 21 Jahre würden schon etwa 20 Abgeordnete weniger gewählt werden. Die deutschen Nationalen würden auf Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre keinen Vorteil sehen. Die Heraushebung des Wahlalters auf 21 Jahre ist schon aus dem Grunde gerechtfertigt, weil im Privatrecht die Volljährigkeit auf 21 Jahre festgesetzt ist und es daher geboten erscheint, eine Kongruenz mit dem öffentlichen Recht herbeizuführen. Nach den bisherigen Berechnungen sollen etwa 70 000 Stimmen für die Erreichung eines Mandates notwendig sein. Das würde eine Gesamtzahl von etwa 300 Abgeordneten ergeben, während der jetzige Reichstag 493 Abgeordnete zählt. Ertragzahlen und Stichwahlen dürften auch durch das neue Reichstagswahlrecht nicht eingeführt werden. Wie von unrichtiger Seite betont wird, handelt es sich zur Zeit immer noch um unverbindliche Pläne, da eine endgültige Vorlage noch nicht vorliegt. Angesichts der unruhigen politischen Lage wird jedoch die Einbringung der neuen Wahlvorlage mit größter Beschleunigung erfolgen.

Die Reinkauern beim Reichsfinanzminister. Vertreter des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe und des Deutschen Bauernbundes wurden unter Teilnahme des demokratischen Reichstagsabgeordneten Staatsminister a. D. Kanneburg vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold empfangen. Die Abordnung setzte den Minister vor der außerordentlichen Erregung in Kenntnis, die in bäuerlichen Kreisen durch die ungerechte Art der Veranlagung zur Einkommensteuer und Veranlagung der bäuerlichen Wirtschaften zur Umschleierung entstanden ist. Der bäuerliche Besch oder Größtlassen sei in erhebendem Maße zur Steuerleistung herangezogen worden, während die Großgrundbesitzer mit Hilfe der Buchführung zum großen Teil von der Einkommensteuer befreit seien. Es wurde dringend um rasche Abstellung dieser Mißstände gebeten, die besonders durch die Arbeitszuschläge (Haushaltsübersteuerung) und die ungerecht hohen Durchschnittssätze entstanden sind. Die Verbände unterbreiteten eine Anzahl von Verbesserungsvorschlägen. Der Reichsfinanzminister sagte bereitwillig Prüfung der Beschwerden und der Vor schläge zu. Außerdem haben die gleichen Verbände sich an den Reichsfinanzminister mit der Bitte gewandt, das von ihm bisher als fähigster Finanzminister gezeigte lebhaftes Interesse und Wohlwollen für die Durchführung der landwirtschaftlichen Seidung auch in Zukunft zu zeigen. Im besonderen ist der Reichsfinanzminister gebeten worden, die Finanzierungsfrage, von der allein die praktische Förderung der Siedlungsfrage abhängig ist, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden zu wollen.

Demokratische Hilfe für den gewerkschaftlichen Mittelstand. Zu der letzten Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages begründete der demokratische Abgeordnete Ball den Antrag seiner Fraktion auf Beilegung der Ausmüchde des Handels auf den Bahnhöfen an Feiertagen und nach dem Eintritt des gesetzlichen Ladenschlusses. Der demokratische Redner konnte sich bei der Förderung der Beilegung dieser Mißstände, die sich in wachsendem Maße zu einer schweren Schädigung des gesamten gewerkschaftlichen Mittelstandes ausgewachsen und gegen die auch die Verbände der kaufmännischen Angestellten scharf Stellung genommen haben, auf ein umfangreiches Material stützen. Die Vertreter der preussischen und sächsischen Regierung lehnten sich energisch für den Antrag der Demokratie ein, der dann auch die einstimmige Zustimmung des Ausschusses fand.

Sammer-Fritsch verurteilt. Von einem Hamburger Gericht wurde in der Berufungsinanz der Herausgeber der antimilitarischen Zeitschrift „Sammer“, Fritsch, wegen Verleumdung des Hamburger Bankiers Max Warburg zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Fritsch hatte Warburg in einem Artikel „Der heimliche Kaiser“ nachgeredet, zu eigenem Nutzen und zum Schaden Deutschlands während des Krieges Geschäfte mit dem feindlichen Ausland gemacht zu haben. Das milde Urteil wird in der Begründung mit Hinweis darauf gerechtfertigt, daß Fritsch doch nicht von seiner einseitigen antimilitarischen Einstellung abgesehen ist. — Das Magdeburger wölkliche Beilblatt für Deutschlands Erneuerung schreibt zu diesem Urteil: „Theodor Fritsch glänzend gerechtfertigt.“ Wie seltsam. Der Angeklagte Antimilitarist wird zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, — aber er hat Recht. Gegen das sehr milde Urteil ist Berufung eingelegt worden.

antragen solle, Verhandlungen zwischen dem befeiligten preussischen und Reichsministerien stattzugeben. Diese für die Wahrnehmung der politischen, insbesondere auch außenpolitischen Interessen des Reiches zuständigen Stellen sind sich dahin schlüssig geworden, daß ein Ausschluß der Öffentlichkeit in diesem Prozeß nicht erforderlich sei und die preussische Regierung hat sich dem Gericht gegenüber zur Abgabe eines Gutachtens über diese Frage bereit erklärt. Das Gericht hat auf dieses Gutachten verzichtet, und im Gegenzug zum Antrag des Staatsanwalts dem Verlangen der Verteidiger nach Ausschluß der Öffentlichkeit entsprochen. Diese Annahme des Gerichts, die Staatsinteressen besser beurteilen zu können, als die für ihre Wahrnehmung zuständigen Behörden, wäre wohl im alten Deutschland nicht möglich und fordert zur schärfsten Kritik heraus.

Hugenbergs schlechtes Gedächtnis. Auf dem Parteitag der westfälischen Deutschnationalen hat Dr. Hugenberg in Abwehr von Angriffen aus den westfälischen Kreisen der Deutschen Volkspartei erklärt:

„Ich habe mit Herrn Dr. Stresemann nie andere Berührungspunkte oder Gegenständlichkeiten gehabt als sachlich politische. Der mit in der Presse nachgelegte persönliche Haß gegen Herrn Stresemann besteht nur in der Einbildung derjenigen, die darüber schreiben, ohne etwas davon zu wissen. Ich habe nur in sachlicher Beziehung mein Recht der Kritik gegen ihn ausgeübt.“

Das Erinnerungsvermögen des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugenberg scheint doch sehr geschwächt zu sein. Es gilt in den eingeweihten Kreisen ganz allgemein als Tatsache (und wird in Westfalen ja besonders gut bekannt sein), daß das Auscheiden Dr. Hugenbergs von seinem Posten als Vorsitzender des Direktoriums der Krupp-Aktiengesellschaft nach einer Unterredung des Herrn Krupp v. Bohlen mit dem Abgeordneten Stresemann erfolgt ist. Die Erinnerung an diesen Zusammenhang mag bei Dr. Hugenberg geschwunden sein. Aber sein Haß gegen Stresemann ist geblieben. Ein Haß von ähnlicher Art, wie er

zum Aus- ... an dem ... am 1. März ... in diesem ... im nächsten ...

### Die Deutsche Demokratische Partei in das Rheinland.

Hinwählig der Befreiung der ersten Rheinlande hat die Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei an den Parteimitgliedern der rheinischen Demokraten, den Abgeordneten ...

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei.

Koch, Erkelenz, Fischer.

Die Not der Landwirte. Niemand wird leugnen, daß die Landwirtschaft einen großen Anteil an der schweren Wirtschaftsnote hat übernehmen müssen, die unser deutsches Volk in diesen schweren Zeiten bedrängt. Es sind eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Reichsregierung ...

Der Landbund braucht Subventionen. Der Schloß-Landbund, dessen wirtschaftliche Mißerfolge noch überlänglich und besonders bei seinen Mitgliedern, in böser Erinnerung ...

Demokratische Partei und Mieterschutz. Bei der Beratung des Mieterschutz-Gesetzes gab der demokratische Bill im Plenum des Reichstages folgende Erklärung: Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion hält gegenwärtigen Augenblick aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ...

Wer einen Groschen spart, hat zwei verdient!

Rechtssphäre gegen wirklich böswillige Mieter. Mietschutz werden muß, so muß die Gesamtheit der Mieter die Gewähr haben, daß sie bei den gegenwärtig noch unnormalen Verhältnissen im Wohnungssektor nicht ...

Die Pensionistenlast des Reiches. In der letzten Nummer der „Mitte“ wird die nachstehende beachtenswerte Uebersicht über die Pensionistenlast des Reiches veröffentlicht:

Für Pensionen haben wir 1913 146 Millionen ausgegeben, heute geben wir dafür 1400 Millionen aus. Vom Pensionisten entfallen allein auf die Militärversorgung ...

D. D. B. Halle  
Chefredakteur  
**Georg Bernhard**  
spricht am Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr im oberen Theaterraum in unserer  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Wir bitten alle Mitglieder, schon jetzt für den Besuch dieser Versammlung zu werben. Gäste können eingeführt werden.

Art der Versorgung muß Maß greifen. Dann haben wir als Pensionäre 5 Reichst. Anst., 38 Minister, 6 Staatssekretäre, 12 Ministerialdirektoren und 50 Präsidenten.

Die Forderungen der Coburger. Bei einer demokratischen Versammlung in Eisenach gab der demokratische Abg. Staatsrat Professor Dr. Krüger die weitere Gelegenheit über die Forderungen der Coburger ...

Professor Krüger wies weiter auf die Entwertung der Privatvermögen durch die Inflation hin, während sich die schwarzburgischen Pringsheimen 120 000 Goldmark auszahlen lassen, um damit gegen das Land Thüringen zu protestieren ...

Hört ihr Betrogenen! Das „Berliner Tageblatt“ meldet über die Fürstenabfindungsdebatte im Hannoverschen Provinzialparlament: Aus der Aussprache verdient das Parteien ausführende Wort eines Vertreters ...

Maitresse bezeichnen, die das Leben des Großherzogs von Mecklenburg etwas verflücht hat. — Eine kleine Freundin brauchten auch die „hohen Herren“, wiewohl hinterher der Staat den Unterhalt zu übernehmen hat.

Eine Stimme politischer Vernunft. Gegenüber den maßlosen Gehäuligkeiten der Reichspresse verdient die Darstellung der Nationalsozialistischen Correspondenz besondere Beachtung, sich an der Reformbewegung zu beteiligen ...

Ein demagogischer Parteisekretär verhaftet. Der Sekretär der Vorjäger-Drugsgruppe der Demagogischen Volkspartei, „Schiffmeister“ Alfred Striepelmann, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet ...

Errichtung arbeitsrechtlicher Beiräte. Die drei großen Arbeitnehmer-Spitzenorganisationen sind an die Ministerien des Reiches und der Länder mit dem Ersuchen ...

Vorort- und Jönentanz und Wohnungsnot. Aus Anlaß der Beratung des Entschs des Reichsarbeitsministeriums wurde eine Entscheidung der Demokratischen Reichstagsfraktion angenommen ...

### Soziales

Demokratische Antrag zur Arbeitslosenversicherung. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat den Reichstag nachfolgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung ...

200 000 Angestellte arbeitslos. Die ungünstige Lage des kaufmännischen Stellenmarktes hat sich nach den letzten Monatsberichten der Reichsstatistik weiter verschärft. Die Zahl der Stellenlosen im ganzen Reich dürfte 200 000 überschritten haben ...

Demokratische Sozialpolitik. Bei der Beratung des Entschs des Reichsarbeitsministeriums wurde eine demokratische Entscheidung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen ...

Nach einer weiteren demokratischen Entschließung, die ebenfalls angenommen wurde, ist die Reichsregierung ermächtigt worden, über die rückständigen Beträge zum Internationalen Arbeitsamt in Genf mit dem Amt eine Verhandlung herbeizuführen ...

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag  
Ludwig Münz, Magdeburg.  
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

# ◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

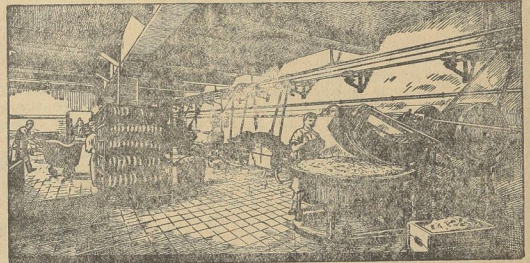
Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

**Die Qualitäts-Markte!**

Unsere Preise sind billig!

**Siegfried Cohn**  
Webereiwaren • Breitweg 76

## Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



**Achtung! Fleisch u. Wurstwaren noch billiger! Frisches Schweinefleisch**

in allen Lagern.

Bauch	1 Pfd.	105	Leberwurst	1 Pfd.	130
Karbonade		115	Silze		130
Nacken und Blatt		115	Zungenwurst		160
Schnitzel		140	Blockwurst		190
Schweinefilet		140	Bratwurst		150
Nacken, gef.		120	" pol.		150
Kaffler Rippepeer		136	" harte		190
Bötel		80	Mettwurst		150
Eisbeine		70	" gek.		150
Schweineköpfe		70	Schinkenwurst		140
Schweineknochenfleisch		30	Jagdwurst		140
Schälrippe		72	Knoblauchwurst		130
Flomen		110	Schlackwurst u. Salami		220
Gehacktes		128	Lachsajinken		230
Niere		105	Schinken, gek.		230
Flomenchmalz		120	Schinkenpeck		180
Wurstschmalz		96	Rippenpeck		130
Rotwurst I		130	Speck, fetter		130
Rotwurst II		84	Falg		50

**Prima Rinder-Gefrierfleisch**

in allerbesten Qualität.

**Salzquelle**

Jeden Sonntag:

**Konzert**

Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

Hotel und Restaurant  
**„Weisser Bär“**  
Bekannt gute Küche.  
Pilsener Urquell  
Münchener Spatenbräu  
Ad. Thurnagel.

**Saloufen, Rolläden,  
Fußbodenholzmatten**

Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Jalousiefabrik Schmidt,**  
gegründet 1871.  
Magdeburg, Hellwegstr. 24, Tel. 922

**Siebert & Würbach :: Magdeburg.**  
Inhaber: Richard Siebert  
Große Münststraße 16. Fernsprecher 7230  
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen  
Wein und Spirituosen.  
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Melnessig  
Frankfurter Apfelwein von Adam Rachtles.  
— Lieferung frei Haus.

**Preisabbau.**

Anzüge nach Maß von Mk. 80.- an  
Sommer-Paletots „ „ „ 65.-  
Covercoat „ „ „ 75.-  
Gesellschafts-Anzüge „ „ „ 95.-

Geringe Anzahlung — bequeme Ratenzahlung.

**Walter Finke, Magdeburg,**  
Papenstraße 21.

**Gesellschaftshaus „Freundschaft“**  
Prälatenstraße 32.  
Fernruf 1122

Jeden Sonntag  
**Gesellschaftsball**  
Erfüllt. Musik/Anfang 4 Uhr

**Meyer Michaelis**  
Gegr. 1864 Magdeburg Gegr. 1864  
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424

Günstigste Bezugsquelle  
für Sohle, Oberleder u. sämtliche  
Schuhmacher-Verbrauchsartikel

**Denken Sie daran**  
Ihre  
**Familien-Anzeige**  
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben

**Wilhelm Kobelt**  
Telefon 7282 **Bärplatz** Telefon 7282

**H. Fleisch- und  
Wurstfabrik**

**D. D. B**  
Fernsprecher  
**8095**

**Kaufmann**

Magdeburg, Breitweg 49  
gegründet 1846 Fernsprecher 373.

**Gesellschafts-Kleider**  
in großer Auswahl  
Gewähre hierauf ab Montag  
**25 Proz. Preisnachlaß!**

**Freunde werbt Leser!**

Von der Reise zurück.  
**Dr. Manfred Goldstein**  
Facharzt für Nervenkrankhe  
Magdeburg, Karlsruh. 2  
Ecke Kaiserstraße.

Homöopathische Biochemische  
Krankenbehandlung

**Maassen, Magdeburg,**  
Prälatenstr. 14 II, Ecke Himmelreichstr.  
Sprechst. 9-4 Uhr; Sonntags 9-11 Uhr  
Donnerstags keine. Hamuntersuchung

**Photographie!**

Großer Preisabbau in Photographien,  
Postkartenaufnahmen und Paßbildern.

Die Preise sind so niedrig gestellt, daß  
selbst der weniger Bemittelte sich ein  
bestens ausgeführtes Bild leisten kann.

**Hugo Paulsen, AlteUlrichstr. 18**

**Insertieren  
bringt  
Erfolg**

9 Pfund  
la Eiderfedern  
ca. 20% Mk. 3.75  
Dampffäbrik  
Rendsburg.

## Aus Parlamenten und Parteien

Der Reichsminister des Innern und die Flagenfrage.

In einigen Zeitungen ist mitgeteilt worden, daß der Reichsminister des Innern Dr. Kütz eine Verenderung der bestehenden Bestimmungen über die Reichsflagge vorbereite. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Die Flagenfrage ist für den Minister Dr. Kütz wie für jeden Republikaner im Sinne der Weimarer Verfassung erledigt.

Die Demokratische Partei und das Gesetz zur Förderung des Preisabbaus.

Der Vorstand des Mittelstandsausschusses beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei stellt angesichts einer unruhigen Propaganda fest, daß die Gesetzesvorlage zur Förderung des Preisabbaues gerade um ihrer mittelstandsfreundlichen Wirkungen willen, von der Deutschen Demokratischen Partei auf das energigste bekämpft worden ist. Insbesondere hat der demokratische Reichsaussch. Parisch in einer Besprechung mit dem Reichsaussch. Langler und dem Reichswirtschaftsaussch. in Frankfurt am Main die Demokratischen Reichsstaatsrat die Preisabbaumaßnahme zum Ausdruck gebracht und der Reichswirtschaftsaussch. hat in einer erneuten Besprechung die Überprüfung der Vorlage zugesichert, deren Durchführung namentlich in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern des Handwerks vorgenommen werden soll. Wir verweisen endlich noch auf die grundsätzliche Stellungnahme, die der Reichsaussch. abgab. Dr. Kütz in der Plenarsitzung vom 27. Januar 1926 im Auftrag der Demokratischen Reichsstaatsrat vertreten hat.

Dr. Kütz zum Schulprobleme.

Der Reichsminister des Innern Dr. Kütz hat auf eine Anfrage aus Elberfeld über seine Stellung zum Schulprobleme folgende Antwort erteilt:

„Die Stellungnahme der Reichsregierung ist in der Regierungserklärung des Reichstanzlers vom 26. Januar klar gekennzeichnet. Der Reichstanzler hat hinsichtlich seiner künftigen politischen Einstellung in dieser Erklärung Bezug genommen auf seine am 19. Januar 1925 vor dem Reichstag gehaltenen Ausführungen. Diese Ausführungen lauten wörtlich folgendermaßen: „Unser auf ärztlicher Grundlage erwachsene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichst hohem Maße aus den Mittelmitteln zugänglich gemacht werden. Von der heranwachsenden Jugend sind Gefahren, die Körper und Seele bedrohen, abzuwenden.“

Sinhilflich der Schulpolitik hat der Reichstanzler erklärt, daß die Reichsregierung eine Lösung anstreben wird unter Wahrung der in der Verfassung gewährtesten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Dieser in der Regierungserklärung gekennzeichnete Standpunkt deckt sich reiflos mit meiner künftigen politischen Einstellung.“

Deutschnationales Selbstporträt.

Zur Mandatsniederlegung des bisherigen deutschnationalen Reichstagsabg. Freiherr v. Rüdiger-Boguslawski schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Die Tatsache kommt nicht überraschend. Freiherr von Rüdiger-Boguslawski hat in seinem Beitrage nach sachlicher Arbeit durch die ungeliebten parteilichen Verhältnisse im Reichstag schon lange zu bangen, daß er die Lust an der Ausübung seines Mandates verlor. Der Freiherr von Rüdiger-Boguslawski der deutschnationalen Reichstagsfraktion war, und der er nicht um der Parteiführung willen aus dem Reichstage ausgeschieden ist, ist der treffendsten Selbstzeichnung der „unselbigen Parteiverhältnisse“ in der Deutschnationalen Volkspartei nichts hinzuzufügen.

„Die Unterjochung, die Schwedeman verweigerte, ist die Hindenburg.“

Nach einem Bericht der „Mündeligen Nachrichten“ erklärte in einer Versammlung der Jungsozialisten Gramsch u. a.: „Voller Hoffnung auf einen neuen nationalen Aufstieg ging man in das Jahr 1925. Das Frühjahr brachte den ersten Sieg, die Präsidentschaft des großen Feldmarschalls. Aber dieser erste Sieg sollte zugleich der letzte sein. Unsere Politik hat den fürchterlichsten Mißschlag gebracht: Die Unterjochung, zu der sich Schwedeman 1919 zu gut hielt, mußte von dem größten unserer Mitbürger geleistet werden!“

## lokales

Magdeburg, den 5. Februar 1926.

Die Inten der württembergischen Sittenrichter, die wir in Nr. 2 unseres Blattes gebürdnamt haben, hat die „Eiswacht“ veranlaßt, nach 3 Wochen sich mit unserem Artikel zu beschäftigen. Sächlich kann die Redaktion des Standblattes zu unserem Artikel nichts erwidern; sie hat deshalb die Methode des Witzes gewählt, um auf diese Art unsere Angaben zu entkräften. Wir müssen gestehen, die Wette und Genossen besitzen in der Tat eine klare Fantasie, die um so bewundernswürdiger ist, als zweifellos die württembergischen ihren eigenen Schwindeln glauben. Das württembergische Witzblatt wird in der Druckerei Oscar Schley in Magdeburg hergestellt. Ein Betrieb, den man, um in der Arbeiterfrage einen Ausdruck zu gebrauchen, als „Arbeiterbrot-Betrieb“ bezeichnen. In diesem Nebenbetrieb wird das große Witzblatt, die „Eiswacht“, hergestellt, in einer Auflage, die ein sechsjähriger Schuljunge leicht feststellen kann. Über abgeben das

## Streiflichter aus der Stadtverordnetenversammlung.

Bedenkliche Monopolbestrebungen der Stadt. — Die Politik des Eigenmuges und ihre Folgen. Gewaltakt der Rechtspartei gegen die Mieterfreunde.

Mit einem neuen Kommunalisierungsprojekt hatte sich heute die Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. Die Schaffung eines städtischen Monopols für das Reklamewesen. Offiziell tritt zwar nach dem in der Sitzung gefassten Beschlusse die Stadt nicht als Unternehmerin auf. Es ist eine G. m. b. H. ins Leben gerufen worden, deren sämtliche Anteile in den Händen der Stadtverwaltung sich befinden. Der an und für sich sehr gesunde Gedanke des gemischtwirtschaftlichen Betriebes, der sich in der Praxis sehr viel Freunde erworben hat, wird durch diese Art der Gründung der G. m. b. H. so verwasstert, daß sich dieser Geschäftsbetrieb kaum von einem reinen Verwaltungsbetrieb unterscheiden wird lassen.

Der Geschäftsführer der G. m. b. H. wird offiziell kein Beamter sein; da er aber von der Stadt abhängig ist, die ja seine Arbeitgeberin ist, ist er in Wirklichkeit nichts anderes als ein städtischer Angestellter, wenn er auch nicht unter die Tarifbestimmungen der städtischen Angestellten fällt.

Wir haben schon eine ähnliche G. m. b. H.: Die mitteldeutsche Ausstellungsgesellschaft, deren sämtliche Anteile sich ebenfalls im Besitze der Stadt befinden. Bei unserem Rückblick auf das Ausstellungsjahr 1925 in Nr. 3 der „Mitteldeutschen Rundschau“ von vorletztem Jahr hatten wir leider feststellen müssen, daß ein großer Teil der Erlöse der Ausstellungen dieser Gesellschaft auf Kosten des heimischen Gewerbes erzielt worden ist. Wir fürchten, bei der neuen Reklame G. m. b. H. wird es nicht viel anders sein. Dem Einfluß der Stadtverordnetenversammlung ist die Geschäftsgebarung dieser G. m. b. H., die faktisch nichts anderes ist als Nebenwege der städtischen Verwaltung, entzogen, da man sie als selbständige Unternehmungen aufgezogen hat.

Der Grundgedanke, der zu den gemischtwirtschaftlichen Betrieben führte, ging doch davon aus, den Gemeinden nachgehenden Einfluß auf Unternehmungen zu sichern, an deren Geschäftsgebarung und an deren Ausbau sie interessiert ist, die sich aber infolge ihrer geschäftlichen Eigenart nicht in den Rahmen der städtischen Selbstverwaltung einfügen lassen. Vor allen Dingen sollte aber die Initiative des Privatunternehmens dabei nicht ausgeschlossen werden. Diesen Gedanken hat man bei der Gründung der Reklame-G. m. b. H. vollkommen außer Acht gelassen. Sozialdemokraten und Kommunisten, die stärksten Anhänger der Kommunalisierungsdebatte, waren selbstverständlich für den Magistratsvorsitz. Auch die Württembergischen und Rechtspartei stimmen in Bekämpfung der Gefahr, die dem freien Gewerbe aus dieser Gründung droht, dafür. Nur Stadtv. Schiller machte Bedenken geltend und ludte zu retten, was zu retten war, indem er die Unterstellung der Reklame-G. m. b. H. unter die Leitung des Wirtschaftsausschusses forderte, um so der Stadtverordnetenversammlung einen indirekten Einfluß auf die Geschäftsgebarung der Gesellschaft zu sichern.

Erwerbslosendebatten gehören zu einiger Zeit zu den ständig wiederkehrenden Erscheinungen in den Stadtverordnetenversammlungen. Durch das viele Gerede wird aber den Erwerbslosen nicht geholfen. Diesmal handelte es sich darum, die Aufnahme von Darlehen zu genehmigen, die zur Finanzierung des Hoffstandsprogramms der Stadt notwendig sind. Die Forderung des Magistrats fand nirgends Widerspruch. Zwecklos ist es, sich mit den kommunisierenden Anträgen zu beschäftigen, die lediglich aus Propagandabüchlein Forderungen enthielten, deren Unerfüllbarkeit selbst die intimsten Feinde der Antragsteller, die Sozialdemokraten, ihnen auseinanderzusetzen. So bewies ihnen Stadtv. Baß, daß ein Verbot gegen die Stilllegung von Betrieben so lange zwecklos

son, wollen wir den württembergischen Lesern den Glauben an ihr Weltblatt mit der Reiseaufgabe nicht nehmen.

Wir können uns denken, daß dem Herrn Gewerbelehrer Wettner unsere Feststellung sehr unangenehm war und, wie es auch den Anschein hat, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Herr Wettner hat die letzten Nummern der „Eiswacht“ nicht mehr verantwortlich gezeichnet. Hat ihm die Schulbehörde etwa die Ausübung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit unterlagert? Die Behörde hätte schon längst einen großen Nutzen. Es war unerantwortlich von der Behörde, daß sie geubndet hat, einem Erzieher die Schriftleitung eines solchen Witzblattes zu gestatten, daß seine heilige Aufgabe daran steht, die Behörde und ihre verantwortlichen Leiter herabzuwürdigen. Herr Wettner wird ja anderer Ansicht sein und er wird mit seinem Kollegen Meyer gegen die „Mitteldeutsche Rundschau“ kämpfen, weil dieses Blatt es überhaupt wagt, die Behörde anzuspornen, ganz energig nach dem Rechten zu sehen. Wir sind überzeugt, daß die Württembergischen im umgekehrten Falle anders handeln würden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir nochmals auf den Fall Luppe zurückkommen. Wie dieser demokratische Bürgermeister verurteilt wurde, mügen unsere Leser an folgendem erleben: Der württembergische Witzblattred. in Nürnberg hat eine ganz gemeine Verleumdung gegen Dr. Luppe verbreitet. Herr Dr. Luppe hat diesen tapferen württembergischen Mann wegen über Kapuze vor den Richter ge-

stehen muß, als nicht den Betrieben die notwendigen Mittel zu ihrer Fortführung gewährt werden. Praktische Erwerbslosensfürsorge ist nur zu betreiben, indem man Arbeitsmöglichkeiten ausfindig macht. Die Fürsorge darf sich aber nicht allein auf die Arbeiter beschränken; auch für die stillgelegten Angestellten, deren Lage, wie Stadtv. Schiller er ausführte, nicht weniger unglücklich ist, wie die der Arbeiter, muß gesorgt werden. Stadt. Schiller forderte weiter vom Magistrat, alles zu versuchen, um von dem Reich für Hoffstandsarbeiten bereitgestellten Kredit von 100 Millionen auch einen Anteil für die Stadt Magdeburg zu sichern.

Zum Nachdenken geben auch die Ausführungen des Finanzdepartementen, des Bürgermeisters Paul Anlag, der darüber fragte, daß das Privatkapital Angst habe vor der Anlage seiner Hülfen Mittel in langfristigen Krediten, wie sie z. B. die Württembergischen der Gemeinden darstellen. In den Kreisen der Sparer ist die Furcht nicht zu befechten, daß dieses Anlagekapital denselben Weg gehen könne, wie der Vorzugsanleihen.

Das ist die unausbleibliche Folge des Raubzuges auf die Taschen der Sparer und Kleinrentner durch die Aufwertungsgehe, die die Rechtsparteiern mit Unterilung der Linien im Reichstage durchgeführt haben. Es ist eine ungelungene Erscheinung in unserem Wirtschaftsleben, daß die öffentlichen Gemeinwesen sowohl als auch Handel und Industrie infolge der Kapitalnot an Blutarmut Franken, die ihre Entwicklung und freie Betätigung hemmt, während zu gleicher Zeit eine Geldflut in Bewegung ist, wie wir seit langem nicht beobachten konnten. Das sind die Konsequenzen einer kurzfristigen Politik des Eigenmuges, vor der die Demokraten vergeblich gewarnt haben.

Ziemlich gewaltsam machten die Rechtspartei der Ausprache über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ein Ende, die den Magistrat veranlassen wollte, bei den geltend gemachten Körperschaften die Jurisdiktion des Gesamturtes über die Abänderung der Mietererleichterungen sowie die Aufhebung des § 27a der dritten Steuerordnung zu fordern. Die Demokraten haben mit ein Fehls daraus gemacht, daß sie die Wiedereinführung der freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes für ein unbedingtes Erfordernis halten, wenn endlich wieder gesunde Verhältnisse in unserer Wirtschaft einkehren sollen. Das dieses Ziel aber unter den heutigen Verhältnissen schon zu erreichen ist, da Millionen von Volksgenossen ohne Erwerb und Einkommen sind und durch die Befestigung der Mieterschutzbestimmungen zweifellos ihre Notlage noch bedeutend verschärft sehen würden, das ist eine Frage, die wir heute nicht befechten können.

In diesem Sinne bewegen sich auch die Ausführungen des Sprechers der demokratischen Fraktion, des Stadtv. Baß.

Den Rechtsparteiern und den Württembergischen sind solche Rücksichten auf ihre in Not befindlichen Volksgenossen fremd. Da sie gegen die Stichhaltigkeit dieser Gründe nichts einzuwenden hatten, vereitelten sie die Ausprache, indem sie die Überweisung des Antrages an einen Ausschuss forderten. Da nur 15 Stimmen zur Unterilung des Antrages erforderlich sind, mußte ihrem Verlangen nachgegeben werden.

Dieses Verhalten der Rechtsparteiern ist typisch für ihre ganze Art, mit der sie mit den Interessen ihrer Wähler umspringen. Auch unter ihren Wählern befinden sich doch viele Mieter, die durch eine Aufhebung der Mieterschutzbestimmungen im gegenwärtigen Moment in ganz bedeutender Weise geschädigt werden würden. Die Wähler werden sich das zu merken haben.

Herr Weisbrod hat es jedoch vorgezogen, noch vor Eintritt in die Verhandlung eine demütige Erklärung abzugeben, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich bedauere, inernerzeit das Opfer falscher Informationen geworden zu sein, verpflichtet mich zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens und ermäßigte Dr. Luppe, falls dieser es für angezeigt hält, die meinerseits abgegebene Erklärung in der öffentlichen Stadtratssitzung bekannt zu geben.“

## Parteinachrichten

Kommunalpolitische Tagung der demokratischen Partei. Die kommunalpolitische Tagung, die am Sonntag, den 7. Februar, vormittags 10,30 Uhr, im Anschluß an die Vorstandssitzungen des deutschen und des württembergischen Städtetages im Gebäude des Preussischen Landtages in Berlin stattfand, ist vom kommunalpolitischen Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei einberufen worden, dessen Vorstand u. a. Landtagsabgeordneter Justizrat Falk-Köll, Reichsinnenminister Dr. Kütz und die Oberbürgermeister Böhm-Berolin und Mann-Frankfurt a. M. und Weisbrod-Gesungen bilden. Auf der Tagesordnung stehen neben der Konstituierung des Ausschusses zwei besonders interessante Referate, nämlich das des Reichsinnenministers Dr. Kütz über kommunalpolitische Ziele und das des Berliner Oberbürgermeisters Böhm über die

Selbsterhaltung in ihrer Beziehung zu Reich und Ländern. Zu der Tagung sind alle in der Selbstverwaltung tätigen und kommunalpolitisch interessierten Demokraten eingeladen. Eine große Zahl führender Kommunalpolitiker wird an der Sitzung teilnehmen.

### Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss.) Sitzung Montag den 8. Februar, abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammlich.) Dienstag den 9. Februar abends 8 Uhr im Gasthof zum goldenen Anker Hauptversammlung. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

D. D. P. Magdeburg. Die für Sonntag den 7. Februar vorgesehene Versammlung ist um eine Woche verlegt und findet am Sonntag den 14. Februar vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“ statt. Unsere Abgeordneten Dr. Hummel und Dr. Bohner haben Reserte übernommen. Die Vertretungsliste aus dem Bezirk, sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Stadtteilgruppe Neustadt. Freitag den 12. Februar abends 8 Uhr im Gasthof zum goldenen Anker Hauptversammlung. Nehmer ein Abgeordneter. Wir bitten unsere Mitglieder, sehr zahlreich zu erscheinen.

Der Tod hält in unseren Reihen reichlich Ernste. Am 1. Februar verstarb unser Mitglied Herr Julius Wetzheimer im Alter von 69 Jahren. Der Verstorbene hat innerhalb eines Jahres schwere Schicksalsschläge, durch den Tod seiner einzigen Tochter und Frau, erlitten. Er wurde von der Magdeburger Kaufmannschaft sehr verehrt. Für die Armen hat er stets ein warmes Herz. Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten.

Hören Sie nicht, lieber Freund! Sie billigen unsere Bestrebungen, lesen auch unser Mitteilungsblatt. Ohne besondere Mühe können Sie unsere Wochenblätter fördern. Wichtigste Sie bitte beim Einkauf die Inserenten unseres Blattes. Tun Sie, bitte, noch ein zweites; berufen Sie sich dabei auf unsere Wochenblätter. Der Geschäftsmann ist Ihnen und vor allem auch uns dafür dankbar.

Kreis Jerchow I (Kreisstaatsführung.) Der neue Kreisrat geht sich zum 13. Mitglieder der Wirtschaftlichen Einheitsliste, Funktionale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Landbund, Bäuerliche Freiheitspartei, Wirtschaftsv Verbände, und Vaterländische Verbände, 10 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten und 1 Kommunist. Der Kommunist hat sich als Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen. Die Wirtschaftliche Einheitsliste hat den Antrag gemacht, die Demokraten für eine sogenannte bürgerliche Fraktion im Kreisrat zu gewinnen. Die Demokraten haben dankend abgelehnt, da sie mit Leuten vom Landbund, Wirtschaftlichen und Bäuerlichen nichts zu tun haben wollen. Unsere Vertreter sind fest entschlossen, den Herren von rechts zu gehen, die eine einwandfreie Politik, die den schaffenden Ständen in Stadt und Land zugute kommt, zu führen gewillt sind. Sie werden auch dem Kongressrat der Herren Kampff und Schaefer benehmen, daß die Demokraten sich nicht mißbrauchen lassen für monarchistische Seitenstücke. Diesen Bemühen habe sie in der ersten Sitzung, die am 29. Januar stattfand, erbracht. Sie haben gemeinsam mit der Sozialdemokratie für die Wahlen des Kreisratsauschusses und der Kommissionen Wahlvorschlüsse eingebracht. In den Kreisratsauschuss wurden drei Rechtsleute, zwei Sozialdemokraten und unser Parteifreund Lehrer Duhm e-Waben gewählt. In die Finanzkommission wurde unser Parteifreund Meißner-Gräben und in die Kleinbahnkommission unser Parteifreund De Laze-Wiedern gewählt. Entsprechend unserer Stärke wurden für die einzelnen Steuerbezirke und in die Kommissionen zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für die einzelnen Amtsbezirke eine Anzahl Demokraten gewählt. Da auf beiden Seiten Kreis 13 Stimmen vorhanden sind, mußte sehr häufig das Los entscheiden, das in den meisten Fällen für die sozialdemokratische-demokratische Liste entschied. So auch bei der Wahl des Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Landrath Rohde's Gr.-Lübbers. — Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch auf eins hinweisen. Unsere Parteifreunde De Laze-Wiedern und Meißner-Gräben gehören dem Deutschen Bauernbunde an. Mitglieder des Deutschen Bauernbundes gewählt und zwar die Herren Jerchow und Kluth. Herr Jerchow hatte das Bedürfnis, bei den Demokraten anzufragen, ob sie bereit sind, die Demokraten anzuführen, die den vier Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes gebildet werden sollte, im Hinblick auf die Kreisratssitzung. Dieser Vorschlag wurde von unseren Parteifreunden abgelehnt, dagegen aber die Bereitwilligkeit erklärt, einer Fraktion beizutreten, die weder von links noch von rechts abhängig ist. Sie stellten dabei die eine Bedingung, daß ihnen das Vorschlagsrecht für das Mitglied in den Kreisratsauschuss zugestanden werden muß. Auf dieser Grundlage konnten sich die auf der „Wirtschaftlichen Einheitsliste“ gewählten Bauernbündlern mit unseren Parteifreunden nicht einigen. Wir sind nun neugierig, wie sich Herr Kluth und Herr Jerchow unter Führung des völ-

kerischen Landprecht und des Landbundes bewegen. Nach der ersten Probe bei der Wahl des Amtsvorstehers in Gr. Lübbers ist anzunehmen, daß Herr Kluth und Herr Jerchow gewillt sind, für die Folge stramm mit der Rechtsliste zu stimmen.

Quedlinburg. Unsere Jahreshauptversammlung findet am Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in der „Goldnen Sonne“ statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandsrapport, 4. Vortrag, 5. Anträge und Beschlüsse.

Die Mitglieder der Ortsgruppe werden gebeten der Jahresversammlung beizuwohnen und pünktlich zu erscheinen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen.

### Bezirk Halle.

#### Queferberg verurteilt.

Gegen das vom Regierungspräsidenten Dr. Grühner im September vorigen Jahres erlassene Verbot des Mitführens von Stielen in öffentlichen Versammlungen und bei Umzügen das den häufigen Schlägereten ein Ende machte, hatte der halleische Stahlhämmer Oberleitnant a. D. Queferberg seiner Zeit eine Protestversammlung einberufen. Dabei wurde gegen dieses Verbot in allen Arten gewettert und behauptet, daß es nur erlassen sei, um die Anhänger des Stahlhämmer zu machen. Queferberg erhandelte dann als Ergebnis dieser Protestversammlung ein Brief-Telegramm an den Reichsinnenminister Schiele und führte darin u. a. aus, daß der Stahlhämmer infolge dieses Stielverbotes 5 Tote zu beklagen habe, daß diese Wirkung vom Regierungspräsidenten Grühner anscheinend beabsichtigt sei und daß für das verlorene Blut der Reichsbannerführer Söfing und dessen Freunde Severing und Grühner verantwortlich seien.

Regierungspräsident Grühner hatte deswegen damals Befehligungslage erhoben, die aber erst nach einem Eingreifen des Oberstaatsanwalts zur Verhandlung kam. Trotz dem hierbei dem Herrn Queferberg der Schutz des § 193 in weitestgehendem Maße zuerkannt wurde und trotzdem sich der Angeklagte darauf berufen zu müssen glaubte, daß seine Anhänger ihn nach Erlass des Stielverbotes um Hilfe angerufen hätten, weil sie sich ohne Erlaubnis nicht höher fühlen, kam das Gericht doch zu einer Verurteilung. Die Schwere und Absicht der Beleidigung des Regierungspräsidenten sei unverkennbar und liege auch noch darin, daß der Angeklagte sein an den Reichsinnenminister gefandenes Brief-Telegramm außerdem gleichseitig an die Telegraphen-Union zur Weitergabe an die Tageszeitungen gegeben habe und sich hierbei auch in Bezug auf die angeblich verletzten Stahlhämmer Uebertreibung habe zu Schulden kommen lassen. Nur seine bisherige Straflosigkeit schützte ihn vor einem strengeren Urteil. Dem Beleidigten wurde außerdem die Publikationsbefugnis in der „Halleischen Zeitung“, dem „Volksblatt“ und der „Deutschen Tageszeitung“ zuerkannt.

Halle. In der Jahreshauptversammlung des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei, die am 27. Februar in dem großartigen Nikolausaal stattfand, hielt Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein-Merzbach einen Vortrag über „Volkstum und Wirtschaftslage des deutschen Reiches zunächst vom ärztlichen Gesichtspunkte aus. Die Sterblichkeitsrate an Tuberkulose sei ständig im Wachsen, ebenso sei ein Geburtenrückgang unverkennbar. Nach den statistischen Annahmen gäbe es in Deutschland 7 Millionen Menschen, die kein eigenes Bett haben. Dazu komme die ungeheure Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, denn die 120 000 neugebauten Wohnungen ständen 700 000 Geschicklichen gegenüber. Täglich werde das wirtschaftliche Elend größer. In dieser Notlage verlangten die früheren Fürstentümer nicht weniger als eine Goldmine, auch der ganze Trost der Depressierten und Standbesitzer müsse sich jetzt mit Anprühlern und sogar an frühere Ministerien sich das deutsche Volk Unterhaltungsstoffen abgeben. Der Vortragende kennzeichnete dann im einzelnen die maßlosen übertriebenen Forderungen verschiedener Fürstentümer, die soweit gingen, daß sogar die Reichsregierung in Thüringen Abwehrmaßnahmen verlangte. Dabei könne niemand nachprüfen, welche Vermögensbestände die ehemaligen Fürstentümer im Ausland angebracht und angelegt hätten. Gegen solche maßlosen Ansprüche müßte ein Zusammenschluß des deutschen Volkes stattfinden mit der Parole: „Gegen Fürstentum, für Volkstrecht“.

Die Versammlung spendete dem Redner langanhaltenden Beifall, dem der Vorsitzende, Oberingenieur Minner, durch Dankesworte noch besonderen Ausdruck gab. Hier auf erhaltene der Geschäftsführer Dornblith, Bericht über die kürzlich in Berlin abgehaltene Sitzung des Parteiausschusses und anschließend den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Schachmeister, Herr Bankier Schwarz, gab einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben, die Entlastung erfolgte unter Dankesworten für seine Mitverwaltung. Bei der Vorstandswahl wurde Frau Justizrat Margarethe Bennewitz im Abschied ihrer langjährigen höchst verdienstvollen Mitarbeit einmütig zum Ehrenmitglied des geschäftsführenden Vorstandes gewählt. Der bisherige Vorstand wurde durch Eintritt von

Hr. Hejke ergänzt und wiedergewählt. Mit der Aufforderung zur regen Mitarbeit schloß der Vorsitzende, Herr Minner, die Versammlung.

Halle. Konstituierung einer republikanischen Studentengruppe. Im Anschluß an einen Vortrag über „Hochschule und Politik“ den Herr Necker vor Zuhörern aus studentischen Kreisen hielt, erfolgte die Konstituierung einer „Republikanischen Studentengruppe“. Die Gruppe zählt bereits eine stattliche Anzahl von Mitgliedern.

### Jungdemokraten.

Die republikanische Jugendföndung am 28. Jan 1926, zu der die Initiative von den Jungdemokraten Halle a. S. ausgegangen war, erzielte sich außerordentlichen Erfolg. Für alle, die mit Fern und Sezt für die demokratische Republik ringen, war der Abend ein tiefer Erlebnis. Die Rede Otto Schöndes-Nürnberg, des Führers der Bayerischen Jungdemokraten, über „Das junge Deutschland und die wirkliche Republik“ fand bei allen Bestimmungsfreunden Aufnahme. Die Versammlungsbesucher, die nicht zu uns gehören, aber mit dem ersten Vollen hingetommen waren, den Gedankengängen des Redners zu folgen gaben ihrer Achtung vor den gestuollen, von unerfindlichen Liebe zur Republik und Volk getragenen Ausführungen durch lebhaften Beifall Ausdruck.

Der Kernpunkt der Rede Otto Schöndes war der Aufruf zu einem Menschentum. Keine Ständes, Gesellschafts- und Klassenunterschiede dürfen uns trennen. Jede Einstellung ist zu adten, wenn derjenige überzeugt ist, der für sich trägt. Die Schümmeln sind die heuene: die glauben, sich um die Gegenwartsaufgaben herumdrücken zu können. Die Entwicklung in unserem Sinn freit, obneides vorwärts, wir aber sind es, die das Tempo diese Entwicklung bestimmen. An uns liegt es, die Republik auszugestalten, wie wir sie haben wollen. Trophem d Parteien verhalten, die Jugend an sich zu reifen, ist die doch vorreitspreier als die Großen. Man kann deshalb am besten die Forderungen der neuen Zeit erkennen. Zur gegenwärtige Lösung zum wahren Menschentum! Titel ur Namen sind nichts, Mensch sein, ist alles. Das müssen d Wirkliche sein, auf denen sich das junge Deutschland d wirkliche Republik aufbauen will.

Zur einmütigen Annahme gelangte folgende Resolution: „Am 28. Januar 1926 im großen Saale d Wintergartens in Halle a. S. anlässlich einer republikanischen Jugendföndung versammelten Einwohner Halle stellten sich reiflos und geschlossen hinter den Volkseinstimm die Vermögenseneignung der ehemaligen deutsche Fürsten und gelobten, mit allen ihren Kräften zu kämpfen für den Sieg: „Nichts den Fürsten, alles dem Volke!“

Ferner gab die Versammlung ihre Zustimmung zu Abendung eines Glückwunschtelegrammes zum 60. Geburtstag (29. 1. 26) an den Vorkämpfer für Völkervereinigung, den französischen Dichter Romain Rolland.

A. R.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Sonntag, den 7. Februar. Früh 8,30 Uhr Sammeln an dem Bettiner Platz zum Ausmarsch, Richtung Troth Seeben. Rückkehr Mittag 1 Uhr. Radfahrer an Spielmannszug zur Stelle.

Montag, den 8. Februar. Schlußtag der Einzahlung d Jahresbudes zur Fahrt nach Hamburg am 20. Februar 1926. Geschäftsstelle bis 10 Uhr abends offen. Uferkaffier der 1., 2. und 4. Abteilung: Abrechnung.

Dienstag, den 9. Februar. Unterstatter der 3. und Abteilung: Abrechnung.

Sonabend, den 20. Februar. Früh 2 Uhr (Freitag) Sonnabendnach) ab Bahnhof Halle Abfahrt des So deresages nach Hamburg. Anzug: Bundeskleidung, Rucksack oder Tornister mit Decke, Proviant und G geistig.

### Briefkasten

Stendal. Bericht kam zu spät, erscheint in nächster Nummer.

## Nichts kommt von selbst,

auch die Verbreitung unserer

## Wochenschrift

muß erarbeitet werden.

Werdet bei allen Gelegenheiten Leser!

Probefrühe durch den Verlag

Magdeburg, Beiterweg 139/140.

# Dr. Bohner

M. d. L.

Gäste willkommen!

iprecht am



Sonntag, den 14. Februar 1926  
vormittags 11 Uhr

in der

## „Freundschaft“

Gäste willkommen

